

GfP-Jahreskongreß 2025

26. – 28. September 2025

Medienterror oder Meinungsfreiheit!

Illusion und Wirklichkeit

Der diesjährige GfP-Kongreß fand erneut in Thüringen statt. Aufgrund der knappen Einladungsfrist, die vor allem wegen kurzfristiger Absagen von Referenten und damit verbundener Zusatzrecherche entstanden war, lag die Besucherzahl diesmal niedriger als im Vorjahr.

Nach der Mitgliederversammlung am Freitagabend, bei der u.a. der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden sowie der Kassenbericht des Schatzmeisters verlesen wurden, fand der gemütliche Ausklang des Abends statt.

Im Anschluß an die traditionelle Bücherschau am Samstagvormittag durch Margaret Nickel wurde der Kongreß mit einem Vortrag von **ANDREAS WÖLFEL** eröffnet, der ganz im Sinne des Generalthemas der Tagung »Medienterror und Meinungsfreiheit« stand.

»Der bundesdeutsche Rechtsstaat zwischen verfassungsrechtlichem Anspruch und politischer Wirklichkeit«

Andreas Wölfel (AW) ist Rechtsanwalt und gehört inzwischen zu den anerkannten ›rechten‹ Anwälten. Es hieß zuletzt, daß er die Verteidigung von Peter Wörner, einem ehemaligen Soldaten der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK), im Reichsbürger-Prozeß übernommen habe.

Der Titel des Vortrags diktierte von selbst dessen Aufbau: Der Jurist zeichnete an bestimmten konkreten Beispielen die sich immer wieder auftuende Kluft zwischen dem grundgesetzlichen Anspruch des Rechtsstaats Bundesrepublik und der Wirklichkeit.

Zunächst hat der Referent an konkreten Beispielen die Besonderheiten des Grundgesetzes aufgezeigt. Zwei markante Äußerungen: »Das GG ist von einem tiefen Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk beseelt.« »Die oftmals bemühte Men-



Andreas Wölfel

schenwürde (Art. 1) wird mittlerweile schamlos zur Rechtfertigung der Beschneidung von Menschenrechten genutzt.« Im zweiten Teil seines Vortrags hat Wölfel nun an sechs Bereichen die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufgezeigt: Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 5 GG); Berufsfreiheit (Art. 12 GG); Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG); Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG); Ausreiseuntersagungen gegen »rechts«; staatliche Eingriffe in den politischen Wettbewerb der Parteien.

Sein Fazit: Die Herrschenden würden ihre Legitimation der Grundrechtseinschränkung im Kampf »gegen rechts« aus der Plattitüde ziehen: »Keine Freiheit den Feinden der Freiheit.« Sie wähten sich im Besitz einer höheren Moral und bestimmten nach ihrem Gutdünken, wem sie als »Feind der Freiheit« die Inanspruchnahme von Grundrechten absprechen.

Andreas Wölfels Ansicht nach sei es richtig und wichtig, den Rechtskampf zu führen, auch wenn er oftmals aussichtslos erscheint, kostspielig ist und unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen nicht immer den gewünschten Erfolg haben kann. Eine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung gehe jedenfalls nicht von mißliebigen Bürgern aus, denen man wegen eines unüberlegten Kommentars bei Facebook ihre Wohnungen stürmt, sondern von Machthabern, die tagtäglich mit großer Beharrlichkeit an der Beseitigung der ethno-kulturellen und sittlichen Grundlagen dieser Ordnung arbeiten. Den Ausführungen zollten die Zuhörer großen Beifall.

Blick auf den Grazer Aula-Prozeß

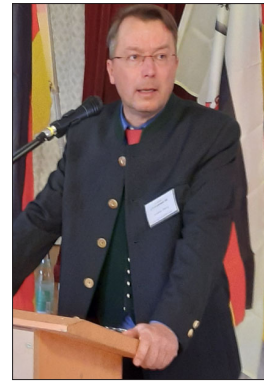
Als Ersatz für den kurzfristig ausgefallenen Kärntner Referenten Martin Rutter wurde am Nachmittag ein Ereignis aus der Steiermark thematisiert. Es handelt sich um den österreichweit medial stark beachteten Prozeß gegen den einstigen *Aula*-Schriftleiter und amtierenden GfP-Vorsitzenden Martin Pfeiffer. Der Geschworenenprozeß begann am 15. September vor dem Grazer Landesgericht für Strafsachen und wurde nach neun Verhandlungstagen aufgrund der Fülle der noch zu behandelnden Anklagepunkte am Freitag, dem 26. September, auf Ende November vertagt, wobei ein Urteil Anfang Dezember erwartet wird.

Zur Einstimmung auf diesen einzigartigen Strafprozeß wurden den GfP-Teilnehmern zwei kurze Filmberichte darüber gezeigt, die am Abend zuvor der Linzer Internet-Fernsehsender AUF1 in seinen Nachrichten ausgestrahlt hatte. Darin kommentierte zuerst der als Prozeßbeobachter eingesetzte AUF1-Journalist Philipp Huemer die einseitige und eigenwillige Verhandlungsführung des vor-eingenommenen Vorsitzenden Richters sowie die teilweise absurden und gar nicht einzeln strafbaren Vorwürfe der Staatsanwaltschaft, die erst in einem Gesamtzusammenhang ein strafbares Verhalten ergäben. Rechtlich höchst problematisch!

Im Anschluß daran bewertete im AUF1-Interview der bekannte Wiener ›Promi‹-Anwalt Werner Tomanek diesen Fall, den er als einzigartig in der österreichischen Justizgeschichte bezeichnete. Der Advokat kritisierte dabei das seiner Ansicht nach unheilvolle Zusammenwirken von Gutachter und Gericht, wobei dieses sich allein auf die 70.000 Euro teure Expertise der Historiker von Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) stütze. Tomanek geißelte auch das NS-Verbotsgesetz mit seiner horrenden Strafandrohung, das er 80 Jahre nach Ende der NS-Herrschaft für überholt hält. Ein Überblick über einzelne Anklagepunkte und die vielfach seltsame Deutung der IfZ-Historiker rundeten die Causa *Aula*-Prozeß ab.

»Kulturvernichtung« – oder der Krieg gegen unsere Denkmäler

Der Österreicher **ANDREAS THIERRY**, Historiker und Mitautor des jüngst veröffentlichten erfolgreichen Werkes *Der vertuschte Völkermord an den Deutschen – Wie die Vernichtung nach 1945 weiterging*, zeichnete nach, wie die Vernichtung nach 1945 im kulturellen Bereich weiterging, und zwar am Beispiel der Kriegerdenkmäler. Die Kulturvernichtung sei im Sinne des Kulturmarxismus der Frankfurter Schule erfolgt, deren Ziel die Zerstörung alles Natürlichen und die Entstehung einer schönen neuen globalistischen Welt war. Dank der Auslöschung der bestehenden Kultur (*Cancel Cultur*) werde die Geschichte ideologisch konstruiert. Was bleibe, sei eine gesäuberte Geschichte. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hätten v. Weizsäcker's unsägliche Rede zum 8. Mai, die Begegnung Kohl/Reagan in Bittburg und die Wehrmachtausstellung gehabt. Im zweiten Teil des Vortrags wurde diese Zerstörung an vielen konkreten Beispielen (mit beeindruckenden Fotos) aufgezeigt und kommentiert, so das 80 lebensgroße Soldaten-Denkmal in Hamburg (»Deutschland muß leben«), das mit Farbe beschmiert wurde. Ferner das Langemarck-Denkmal in Bremen (»Die Bremer dulden keine Kriegsverherrlichung!«), einen Siegfrieds-Kopf in Wien, den Anschlag auf die Siegessäule in Berlin usw. usw. Thierry, der zweifellos eine Lücke in der Erinnerungskultur schließen wollte, unterstrich, daß Anschläge auf Kriegerdenkmäler von Medien und Politik allgemein mit Beifall quittiert werden, es seien »pazifistische Grundsanierungen«. Letzten Endes zielen die Zerstörungswut auf die Zerstörung des Eigenen, also des eigenen Volkes ab.



Andreas Thierry

An anderen Orten sei man einen ganz anderen Weg gegangen: Man lasse die deutschen Denkmäler so lange verkommen, bis sie aus Sicherheitsgründen abgebaut werden müssen. Nach dem Motto: »Was weg ist, ist weg.« Thierry hob wenige Ausnahmen hervor, etwa das Ehrenmal für die Gefallenen des I. Panzer-Korps der Waffen-SS auf dem Marienfels, das auf dem Grundstück von Thorsten Heise in Fretterode 2006 wieder aufgebaut wurde: »Die Toten der Kriege mahnen die Welt zum Frieden!«

Eine besondere Form der Zerstörung seien die vorgenommenen Umgestaltungen, etwa beim Denkmal in Gundelfingen, wo die Kriegerdenkmäler auf Bodenniveau erniedrigt wurden. Schließlich ging der Referent auf solche Ehrenmäler ein, die den Opfern der Weltkriege gewidmet waren: den Anschlag in Guthmannshausen und auf das Heimkehrerdenkmal in Goslar (Glocke), die Entfernung der Agnes-Miegel-Plastik in Bad Nenndorf (wegen ihrer Nähe zum NS), den Anschlag auf den Bismarck-Turm in Hamburg-Friedland usw.

»Kampf um das freie Wort. Der Sieg von ›Compact‹ gegen einen übergriffenen Staat«

Ursprünglich sollte Jürgen Elsässer selbst und Paul Klemm, der Chef von Compact-TV, referieren. Durch »ein Mißverständnis in der Kommunikation« kam keiner von den beiden. Daraufhin wurde **ARNE SCHIMMER**, der von 2022 bis 2024 Redakteur bei der Zeitschrift *Compact* war, kontaktiert, ob er einspringen könne. Er erklärte sich bereit, sozusagen aus dem Stegreif einen Vortrag zu halten.

Arne Schimmer ist freier Publizist und leitet das zweimonatlich erscheinende Magazin *Aufgewacht!*, das Magazin der Partei Die freien Sachsen, mit, das seit März dieses Jahres mit der *Deutschen Stimme* als gemeinsames Monats-Magazin mit dem Titel *Aufgewacht – Die Deutsche Stimme* erscheint.

Zunächst berichtete er auf flotte Weise, wie er jenen 16. Juli 2024, den Tag, an dem *Compact* verboten wurde, erlebt habe. Kurz nach 6 Uhr habe er einen Anruf erhalten: »Sind sie schon bei Dir? Compact ist verboten worden!« Und er zählte die Punkte auf, auf Grund derer N. Faeser Hausdurchsuchung, Beschlagnahmung des Besitzes und Verbot der Zeitschrift beschloß, unter anderem den Angriff auf ihre Person (siehe Cover einer Ausgabe), US- und israelkritische Artikel sowie rassistische Beiträge im Zusammenhang mit Martin Sellner und der »Remigration«.

Dann zeichnete der Referent den Werdegang von Elsässer, »einem Renegaten«, von seiner frühen Mitgliedschaft im Kommunistischen Bund bis zur jetzigen Zeit nach.

Im zweiten Teil seines Vortrags erinnerte Schimmer an den Fall der *Nationalzeitung* im Jahre 1969, als der damalige Bundesminister des Innern Ernst Benda beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag nach Art. 18 Grundgesetz – das Verwirken der Pressefreiheit aufgrund Missbrauchs – stellte. 1974 lehnte das Bundesverfassungsgericht den Antrag jedoch ab, da das Blatt »keine [...] ernsthafte Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« darstelle und keine »politisch bedeutsame Resonanz« finde. Dann ging er ausführlich auf die

Verhandlungen in Leipzig und die Aufhebung des Verbots durch das Bundesverfassungsgericht am 24. Juni 2025 ein. Die von der Bundesregierung als Verbotsgrund aufgeführten migrationskritischen Äußerungen sowie Kritik an der Corona-



Arne Schimmer

Politik, die vom Magazin bedienten »Verschwörungstheorien und geschichtsrevisionistischen Betrachtungen« genossen den Schutz des Artikels 5 des Grundgesetzes und rechtfertigten ein Vereinsverbot nicht, teilten die Richter mit. Magazin und YouTube-Kanal können also weiterbetrieben werden – ein Sieg für die Pressefreiheit und für die Verfassung. Faeser hat gespielt und ist gescheitert: Ihr Fehler war es, das Mittel des Vereinsverbots benutzt zu haben, um das weitere Erscheinen der Zeitschrift zu untersagen. Darüber hinaus, betonte Schimmer, unterliege die Medienaufsicht nicht dem Bund, sondern den Ländern.

»Der Verrat an Bismarcks Erbe«

Der Sonntag begann mit einem Vortrag von Dr. **CHRISTIAN HOYER**: »Deutsche Außenpolitik gegenüber Rußland – Verrat an Bismarcks Erbe«. Hoyer ist Jurist und Verfasser eines im Klosterhaus-Verlag erschienenen Buches über den Stellvertreterkrieg im Nahen Osten.

Der Vortragende verglich die historische Außenpolitik Fürst Bismarcks mit der aktuellen deutschen Außenpolitik unter dem besonderen Blickwinkel deutscher Beteiligung am Ukraine-Krieg. Fürst Bismarck führte als genialer Staatsmann, Außenpolitiker und Diplomat im deutschen Interesse eine Politik der Balance, des Ausgleichs und friedlicher Kooperation gegenüber Rußland. Im völligen Gegensatz hierzu agiert die deutsche Diplomatie als unterwürfiger Vasall vornehmlich im Interesse der USA, der EU und NATO im neuen »US-Stellvertreter-Weltkrieg«. Vor allem ordnete Hoyer im Hinblick auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg die heutige militärische und wirtschaftliche Auseinandersetzung der USA mit Rußland als neuzeitlichen Dritten Weltkrieg ein. Dieser maßgeblich militärisch auf dem Territorium der Ukraine ausgefochtene Dritte Weltkrieg ist durch einen zusätzlichen weltweit geführten Wirtschaftskampf (Sanktionskrieg) gekennzeichnet. Der Dritte Weltkrieg wird von den USA unter der Regie der angelsächsischen Geldherrschaftsoberschicht geführt, um Rußland als ernsthaften Weltmacht Konkurrenten zu zerstören, wie seinerzeit Deutschland in beiden Weltkriegen zuvor. Der Krieg ist sowohl militärisch seit 2023 und inzwischen auch wirtschaftlich verloren, mit der Folge einer gewaltigen Rezession in Deutschland und verbunden mit einem Sozialabbau zu einem »Dritte Welt Land«. Hierzu nannte der Jurist viele Einzelaspekte, welche die deutsche Kriegspropaganda verschweigt, wie Atomkriegsgefahren, Verdacht auf Kriegsverbrechen unter deutscher Beteiligung sowie konkrete Vorschläge für einen radikalen Politikwandel zur Friedensdiplomatie, auch gegenüber Rußland. Hoyer schloß seine beherzten Ausführungen mit einer persönlichen Hoffnung zum Wohl des deutschen Volkes, nämlich die, »daß aufgrund des Fluchs des Selenski auch bald der amtierende kriegshysterische Bundeskanzler und mit ihm sein ganzes brutales und unbarmherziges »Kriegskabinett« die Macht verlieren!«



Dr. Christian Hoyer

Zum Schluß der Tagung referierte der Militärhistoriker **STEFAN LUX** über den **Bauernkrieg 1525**, jenen Aufstand, der, durch die Ideen der Reformation und den Buchdruck angeheizt, sich von Südwestdeutschland bis nach Thüringen ausbreitete.

Lux ging es weniger darum, den geschichtlichen Ablauf des Bauernaufstands bis zu dessen vollständiger Vernichtung nachzuzeichnen und dabei das maßgebliche



Stefan Lux

Wirken von Martin Luther und Thomas Münzer darzulegen, sondern vielmehr darum, den Komplex Bauernaufstand in die damalige besondere gesellschaftspolitische Lage einzubetten. Hierzu erklärte er kenntnisreich und überlegen bestimmende Begriffe wie »Fehde« (statt Krieg), Fehderecht, Hufe (»Nur wer eine Hufe hat, ist politisch berechtigt. Wer keine hat, ist arm, bildungsfern und von der politischen Gestaltung ausgeschlossen.«).

Als die für die Kleinbauern so wichtigen Allmenden abgeschafft, Jagd und Fischfang untersagt wurden und ein Verbot verhängt wurde, Holz aus dem Wald zu holen, wurde die Lage für sie lebensbedrohlich. Minderernten kamen hinzu. Als die Landflucht zunahm, führten die Grundherren die Leibeigenschaft ein, um die Bauern an sich zu binden. Ein allgemeiner Aufruhr war unvermeidlich. Aufgrund ihrer politischen Entrechtung und der territorialen Zersplittertheit konnten die mittelalterlich orientierten Bauern keine Selbstverwaltung verwirklichen und waren daher gewillt, sich mit Gewalt zu wehren. Die Großbauern waren die einzigen Gewinner; sie hatten so viel Geld, daß sie nicht an den Aufständen teilnehmen mußten, sondern statt dessen Landsknechte einstellten.

Der Bauernkrieg endete am 28. Juli 1525 mit der Schlacht von Pfeddersheim. Die überlebenden Aufständischen fielen automatisch in Reichsacht, verloren damit alle Rechte und Privilegien und waren daher vogelfrei. Zahlreichen Gemeinden wurden Rechte aberkannt, weil sie die Bauern unterstützt hatten. Teilweise ging die Gerichtsbarkeit verloren.

Was ist rückblickend festzuhalten? Vor allem jene Zwölf Artikel von Memmingen, welche Bauern im März 1525 gegenüber dem Schwäbischen Bund erhoben. Sie gelten als eine der ersten niedergeschriebenen Forderungen nach Menschen- und Freiheitsrechten in Europa. Die revolutionäre Bewegungen im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit brachten für die deutschen Bauern indes keine Erleichterungen. Ein insgesamt kenntnisreicher Vortrag, in dem Lux vielfach auf neue Aspekte einging, etwa, warum kein Bauernaufstand östlich der Elbe stattfand.

Was ist rückblickend festzuhalten? Vor allem jene Zwölf Artikel von Memmingen, welche Bauern im März 1525 gegenüber dem Schwäbischen Bund erhoben. Sie gelten als eine der ersten niedergeschriebenen Forderungen nach Menschen- und Freiheitsrechten in Europa. Die revolutionäre Bewegungen im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit brachten für die deutschen Bauern indes keine Erleichterungen. Ein insgesamt kenntnisreicher Vortrag, in dem Lux vielfach auf neue Aspekte einging, etwa, warum kein Bauernaufstand östlich der Elbe stattfand.

In diesem Jahr wurde die Ulrich-von-Hutten-Medaille nicht verliehen. Der GfP-Kongreß endete traditionell mit dem Absingen des Deutschlandliedes und dem Dank an die zahlreichen Akteure, die für die optimale Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der Tagung gesorgt haben. ■

Der Fall Julia Ruhs oder: die Linkslastigkeit der etablierten Medien

Unter der Überschrift »Es tut sich was« hatte die GfP im »Freien Forum« mit Bezug auf einen Artikel der *Jungen Freiheit* vom 13.4.25 auf etwas Erfreuliches im medialen Betrieb hingewiesen: Mit der dreiteiligen Dokumentation *Klar*, die sich mit »Streitfragen unserer Zeit« beschäftigt, sorgte die ARD im Frühjahr für Furore. In der ersten Folge ging es um illegale Migration. Die junge Moderatorin Julia Ruhs, BR-Journalistin und FOCUS-online-Kolumnistin, schlug dabei ungewohnt migrationskritische Töne an und wurde von linken Journalisten scharf attackiert. Jan Böhmermann (Satire-Show »ZDF Magazin Royale«) sprach von »Schweinereien« und »Unmenschlichkeit« und warf den Machern vor, »rechtspopulistischen Quatsch in der Birne« zu haben. Ein steuerfinanzierter migrantischer Medien-Verein, also eine NGO, forderte Konsequenzen: Die Sendung »verfestigt rassistische Narrative und schürt Angst«. Ruhs reagierte auf X auf Böhmermanns Kritik ironisch: »Der Spiegel mag uns nicht, Böhmermann mag uns nicht, die taz, Übermedien und Titanic mögen uns auch nicht. Wer eben genannte Medien und Personen ebenfalls öfter sehr fragwürdig findet, ist bei uns dagegen sehr richtig.« Im August veröffentlichte Ruhs das vielbeachtete Buch *Links-grüne Meinungsmacht: Die Spaltung unseres Landes*, das aus ihrer Sicht ein Plädoyer für eine offene Debattenkultur ist, in der auch kritische und unbequeme Meinungen Gehör finden müssen.



Julia Ruhs. Um sie ist ein Kulturkampf entbrannt.

Nun hat sich die NDR anscheinend nach wiederholtem Protest von Mitarbeitern Mitte September von der jungen engagierten Journalistin getrennt. Bemerkenswert ist dabei, daß der Sender keinen Grund für die Trennung nannte. Laut *welt* sollen sich rund 250 Mitarbeiter des Senders von »Klar« distanziert haben. Nicht wenige (Rechte) wittern eine Kampagne des links-grünen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Steven Sowa, stellvertretender Unterhaltungschef (!) bei t-online, kommentierte bezeichnenderweise: »Daß Julia Ruhs nun öffentlich von ›Cancel Culture‹ spricht und die Entscheidung für ein ›Armutszeugnis‹ hält, zeigt: Diese Frau liebt die Polemik. Sie suhlt sich im Hyperventilationsvokabular, wie es sonst nur Populisten tun – Selbstmitleid und Opfermythos inklusive.« Der Afrikaner Hamado Dipama, ein Flüchtling aus Burkina Faso und ein Mitglied des BR-Programmausschusses, feiert die Intrige gegen Julia Ruhs und ihre Absetzung im NDR: »Die Unterwanderung durch Rechte und Neo-Faschisten« im ÖRR »muß gestoppt werden«. Das sind leider keine atypischen Aussagen, wie die einhelligen Reaktionen deutscher Medien auf den Mord an dem rechten US-Aktivisten Charle Kirk vor kurzem zeigten. Immerhin haben zwei Länderchefs, Daniel Günther und Markus Söder, das Ruhs-Aus als »extrem schlechtes Signal« kritisiert. ■

Ein eklatanter Mangel an Stil

Am 10. September 2025 wurde der US-amerikanische politische und religiöse Aktivist Charlie Kirk erschossen, als er auf einem Unicampus im Bundesstaat Utah eine Rede hielt. Der 31jährige Kirk galt als enger Vertrauter von Donald Trump, war ein wichtiger Vertreter der MAGA-Bewegung (Make America Great Again, Macht Amerika wieder großartig).

Statt Anstand und Mitgefühl zu zeigen, gossen die Hypermoralisten bzw. die selbsternannten Moralisten der deutschen linken Szene kübelweise Häme, Jubel und blanken Haß auf den Ermordeten. ZDF-Autor Mario Sixtus findet: »Wenn Faschisten sterben, jammern Demokraten nicht.« »Man muß kein Mitgefühl und kein Mitleid haben«, meinte ihrerseits Dunja Hayali im *heute journals* und überschritt damit jede Grenze journalistischer Ethik. Kirk sei »zu radikal, zu rassistisch, zu menschenfeindlich und frauenfeindlich« gewesen, behauptete sie. Wirklich? Selbst im »Wort zum Sonntag« bezeichnete die evangelische Pastorin Annette Behnken Medienkritiker als »Teufel« und Kirk als rechtsradikalen Rassisten.



Elmar
Theweßen

Die Krone der journalistischen Glaubwürdigkeit und Seriosität errang zweifellos der US-Korrespondent des ZDF, Elmar Theweßen, der in der ZDF-Sendung »Markus Lanz« über den erschossenen Kirk meinte: »Er hat sehr, sehr scharf rechte Überzeugungen. Ich will mal ein paar Beispiele nennen: Er hat gesagt beispielsweise, daß Homosexuelle gesteinigt werden müßten. Er hat gesagt, die Frau muß sich dem Mann unterwerfen. Er hat gesagt, daß Schwarze die Position der Weißen wegnehmen wegen dieser Politik der Demokraten der vergangenen Jahre. Er hat gesagt, wenn man im Flugzeug sitzt mit einem schwarzen Piloten, muß man Angst haben.« Das war des Guten zuviel. Angesichts einer drohenden Abschiebung machte Theweßen plötzlich eine Kehrtwende: »Das, was ich gesagt habe, hat er [Kirk] so nicht gesagt. Deswegen war es falsch und deswegen entschuldige ich mich auch.« Der Fehler sei nicht aus Versehen geschehen, »das hat vielleicht ein Stück weit damit zu tun, wenn man eine Situation hat, wo man eine gewisse Selbstgewißheit mitbringt«.

Kirks tatsächliche »Verbrechen« waren, daß er aus christlicher Überzeugung für das Lebensrecht ungeborener Kinder eintrat, die traditionelle Familie verteidigte und sich gegen illegale Migration aussprach. Das sind Positionen, die Millionen US-Amerikaner und Europäer teilen und die in einer Demokratie (noch) völlig legitim sind.

Der Kommentator der sehr kritischen und empfehlenswerten Internetseite »kettner-edelmetalle.de« faßt zusammen: »Hayalis Entgleisung ist kein Einzelfall, sondern Symptom eines tiefgreifenden Problems. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich längst von seinem Auftrag zur ausgewogenen Berichterstattung verabschiedet. Stattdessen fungiert er als Propagandamaschine für linksgrüne Ideologie, finanziert durch Zwangsgebühren der Bürger, die für diese einseitige Indoktrination auch noch bezahlen müssen.« (13.9.25) ■

Frankreich – was nun?

Frankreich ist zum Sorgenkind Europas geworden und beschäftigt in diesen Tagen nicht nur die politischen Beobachter. Die nackten Zahlen sprechen für sich: Mit rund 3,3 Billionen Euro und einer Schuldenquote von 114 Prozent ist der Schuldenberg Frankreichs, gemessen am BIP, inzwischen fast doppelt so hoch wie die von den Euro-Regeln vorgegebenen maximalen 60 Prozent. Nur Griechenland und Italien sind in der EU noch höher verschuldet. Daß Frankreich in naher Zukunft vom Internationalen Währungsfonds unter Zwangsverwaltung gestellt wird, ist nicht ausgeschlossen. Die Kreditwürdigkeit der zweitgrößten Volkswirtschaft in der Eurozone wurde von AA- auf A+ inzwischen gesenkt, damit dürfte es für Frankreich etwas teurer werden, sich auf dem Kapitalmarkt Geld über Staatsanleihen zu besorgen. Wie konnte es so weit kommen?

Während die Staatsausgaben explodieren, stagniert die Wirtschaft. Frankreich hat eine negative Außenhandelsbilanz, die im Januar 2025 bei rund (- 6,77) Milliarden USD lag. (Zum Vergleich: Die deutsche Außenhandelsbilanz schloß im August 2025 mit einem Überschuß von 17,2 Milliarden Euro.) Der liberale Staatspräsident Emmanuel Macron hat mit 2,4 Prozentpunkten des BIP das Staatsdefizit noch stärker erhöht als Sarkozy (2,2 Prozentpunkte), indem er vor allem die Einnahmen senkte, insbesondere durch massive Steuersenkungen für die Mittelschicht und für die Unternehmen sowie Sozialabgabensenkungen, die den französischen Staat jedes Jahr 90 Milliarden Euro kosten. Mit anderen Worten: Es wurden zu wenig Einnahmen generiert, bedingt unter anderem durch eine zunehmend schwache Konjunktur, die Corona-Zeit, die Ukraine-Hilfen (7,6 Mrd. Euros bis Ende August 2025). Einer Senkung des Defizits ab 2026 auf drei Prozent im Jahr 2029 (gegenüber den für dieses Jahr erwarteten 5,6 Prozent) werde angestrebt. Doch die Regierung hat ›Angst vor der Straße‹ (siehe z.B. Gelbe Westen) und scheut sich, unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen durchzusetzen und endlich durchgreifende Reformen anzupacken; der Druck der traditionell linksgerichteten und kämpferischen Gewerkschaften wie die CGT ist enorm.

Die Reform der nicht mehr finanzierbaren Renten war das Herzstück von Macron. Das Renteneintrittsalter sollte von 62 auf 64 Jahre erhöht werden, und zwar für alle: Die Mitarbeiter der Pariser Verkehrsbetriebe RATP können schon mit 52 Jahren in Rente gehen. Sonderregeln gelten unter anderem auch für Polizisten, Mitarbeiter des Stromversorgers EDF und für Krankengymnasten. Nun hat Ministerpräsident Sebastien Lecornu am 16. Oktober zwei Mißtrauenanträge überstanden, nur weil er den Sozialisten zuvor zugesichert hatte, die Rentenreform bis 2028 aussetzen zu wollen. Ein Banker würde Lecornu fragen: »Wie wollen Sie das bedienen?«

Die verheerende finanzielle Lage beim Nachbarn sollte für Deutschland eine Warnung sein, da gefährliche Parallelen auffällig sind: Auch bei uns explodieren. Die neue Koalition hat trotz aller Versprechen, keine neuen Schulden zu machen, ein 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen aufgelegt, zum Teil, um rein ideologische Prestigeprojekte zu finanzieren. ■

Geraten die Grünen etwa in Panik?

Die Grünen befinden sich zur Zeit unbestritten in einem Formtief; ihre Umfragewerte liegen im Keller, etwa 3 Prozent ohne Chance auf den Landtag in Sachsen-Anhalt, 4 Prozent in Brandenburg, aber auch im Westen, wie die Kommunalwahlen in NRW es zuletzt unterstrichen haben, wo die Grünen landesweit 6,5 Prozentpunkte verloren und nur dort »gepunktet haben, wo die Welt noch in Ordnung ist« (Cicero). Beim ZDF-Politbarometer vom 19.9. rutschten die Grünen auf 10 Prozent ab und wurden gar von der Linken überholt. Ihnen drohen einstellige Umfragewerte. Offensichtlich hat es sich ausgegrünt.

Die große Mehrheit der Bundesbürger beschäftigen ganz andere Themen, plagen ganz andere Sorgen, und sie zeigen wenig Verständnis für absurde grüne Forderungen. Hierzu vier Beispiele aus jüngster Zeit. Unter dem Motto »Schaffen Sie das

Baden-Württemberg ist **noch** die Hochburg der Grünen. Gegenüber den letzten Landtagswahlen 2021 haben sie laut Umfrage vom 16.10.25 allerdings genau 11,3 Prozent eingebüßt. Es ist nicht mehr undenkbar, daß die AfD im kommenden März die grüne Partei überholt, wie schon in der letzten Umfrage geschehen. Was dann? Cem Özdemir wird den Trend wohl kaum umkehren können.



Neutralitätsgesetz ab!« fordert Tuba Bozkurt, eine moslemische Berliner Abgeordnete der Grünen, daß künftig nicht nur Lehrerinnen Kopftuch tragen dürfen. Religiöse Symbole sollen auch für Polizei und Justiz erlaubt werden. Tuba Bozkurt, die nach eigener Darstellung früher selbst Kopftuch trug, hat sich als Kämpferin gegen das Kopftuchverbot einen Namen gemacht. (Quelle: archive.ph, 12.7.25) Zum diesjährigen Tag der Deutschen Einheit rief die Grünen-Bundesabgeordnete Julia Schneider zum Besuch einer Moschee auf, um »Einheit unserer Vielfalt darzustellen«. »Was würde besser zum Tag der Deutschen Einheit passen?«, sagt sie. Um den Klimaschutz voranzutreiben, hat Jakob Blasel, der bisherige Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, »einfache« Lösungen: Er verlangt die Enteignung mehrerer deutscher Großkonzerne. »Die drei klimaschädlichsten Konzerne«, die Energiekonzerne RWE und Leag sowie der Industriekonzern Thyssenkrupp sollten vergesellschaftet werden, meinte er. (Quelle: u.a. berliner-zeitung.de, 13.7.25) Neuerdings verbreitete Blasel gar einen Aufruf zur Verbrennung alter weißer Männer (siehe Seite 20). Blasels bisherige Co-Vorsitzende, Jette Nietzard, erklärte in einem Radiointerview am 29.7. mit Blick auf die Bundestagswahl 2029, es stelle sich die Frage, wie ein möglicher Widerstand gegen eine AfD-Regierungsbeteiligung aussehen könne. Wörtlich: »Wie sieht dann ein Widerstand aus? Ist der dann intellektuell, ist der dann vielleicht mit Waffen?« Man stelle sich vor, ein AfD-Politiker hätte ähnliche Äußerungen über einen bewaffneten Widerstand gegen eine Grünen-Regierung getätigt! Nun hat die Grüne-Jugend seit Anfang Oktober ein neues Führungsduo: Henriette Held und Luis Bobga. Dieser kündigte in seiner Bewerbungsrede an: »Wir können und wir werden diese Partei wieder auf links drehen.«

Angesichts dieser verheerenden Umfragewerte und der Überzeugung, daß man AfD-Wähler »nicht zurückholen« könne (Irene Miha-

lic, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion) helfe nur noch eins: ein Parteiverbot der seit den letzten Bundestagswahlen im Aufwind befindlichen AfD einfach zu forcieren. So haben die Grünen-Fraktionsvorsitzenden Britta Haßelmann und Katharina Dröge Anfang September Union, SPD und Linke zu Beratungen über ein Verbotsverfahren gegen die AfD eingeladen. Die Linke wäre sofort dabei. Bärbel Bas von der SPD meinte, man dürfe Gespräche grundsätzlich nicht ablehnen, und stehe dem Gesprächsangebot der Grünen positiv gegenüber. Allerdings sei es zu prüfen, ob die Beweislage bei der AfD hergebe, daß tatsächlich Demokratiefeinde die Demokratie bekämpften. »Das gibt uns das Grundgesetz vor, das ist auch ein Auftrag«, meinte die amtierende Bundesministerin für Arbeit und Soziales.

Und die CDU/CSU? Die Meinungen über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren sind dort geteilt. Der Bundeskanzler, der die Deutschen auffordert, »nicht so larmoyant und wehleidig zu sein«, verlautbarte Anfang Oktober, die AfD-Brandmauer noch höher ziehen zu wollen. Eine Zusammenarbeit mit der Partei schloß er erneut kategorisch aus. Gleichzeitig forderte Merz aber auch einen realistischen Umgang mit dem Erstarken der AfD: »Wir müssen uns und wir werden uns mit der AfD auch inhaltlich sehr viel stärker auseinandersetzen«, sagte er. »Ignorieren geht nicht mehr. Aber jetzt in der Sache die Unterschiede herausstellen: Was droht unserem Land, wenn die AfD stärker wird – oder möglicherweise sogar in einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten stellt?«

Bundesinnenminister Dobrindt vertritt eine ähnliche Auffassung, ein Verbotsverfahren wäre Wasser auf die Mühlen der Opfererzählung der AfD. Er wolle die AfD lieber »wegregieren«. Mit einer solchen Einstellung können sich die Grünen nicht abfinden: »Wer die AfD ›kleinregieren‹ will, regiert sich selber klein«, meint Mihalic. Die Strategie der Grünen heißt also unumwunden: nicht die politische Auseinandersetzung mit der AfD, sondern einzig der Weg über ein Parteiverbot.

Über ein Parteiverbot kann letztlich nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Der konservative Historiker und Leiter der Denkfabrik R21 Andreas Rödder hat vor einem Bürgerkrieg in Deutschland gewarnt. »Ein Verbotsverfahren, das zum Wegfall sämtlicher Stimmen für die AfD und somit flächendeckend zu rot-rot-grünen Parlamentsmehrheiten führt, wäre der sichere Weg in den Bürgerkrieg.« Die Politik müsse ihr Verhältnis zur AfD klären, und die deutsche Linke sollte sich gut überlegen, was sie tut und welche Folgen es für die liberale Demokratie hat. (Quelle: jungefreiheit.de, 18.7.25)



Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger trommelte just am Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober für ein Verbot der AfD, und niemand empörte sich. »Wer schadet hier der Demokratie?«, fragt zu Recht Jan David Sutthoff (schwaebische.de, 8.10). Wer an diesem Tag öffentlich darüber spricht, eine demokratisch gewählte Partei verbieten zu wollen, stelle sich – ob beabsichtigt oder nicht – in einen problematischen Widerspruch zum Anlaß selbst. In ihrer Festrede hatte die amtierende Bundesratpräsidentin gesagt: Zum Schutz der Demokratie müssen im Zweifel auch jegliche Mittel, die die Verfassung bietet, vorbereitet werden«. Eine politische Entgleisung.

Eine Posse um eine Kaffeemaschine

Rechnungshöfe sind unabhängige Organe der Finanzkontrolle, welche die Haushalts- und Wirtschaftsführung der öffentlichen Verwaltung prüfen, um sicherzustellen, daß die Mittel ordnungsgemäß und wirtschaftlich verwendet werden. Ihre Kontrollen geben immer wieder Anlaß zu Kopfschütteln und Entsetzen, wie im folgenden Fall in Nordrhein-Westfalen.

Die Fakten. Im Jahre 2022 hat die Landespolizei NRW in Duisburg ein sogenanntes »Innovation Lab« eröffnet. Es soll »die Digitalisierung der Polizei vorantreiben und sie für digitale Herausforderungen robust aufstellen«. Dort werden neue Techniken und Technologien für polizeiliche Einsätze der Zukunft getestet, zum Beispiel ein Roboterhund. So weit, so gut. Auf 500 Quadratmetern Bürofläche wird getüftelt, ausprobiert und geforscht – und teurer Kaffee getrunken, wie der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht kritisierte. Die Polizeibehörde schaffte sich nämlich eine Kaffeemaschine für 14.600 Euro an. Beschafft wurden außerdem eine Einbauküche für 35.000 Euro und zwei Stühle für 6900 Euro pro Stück. Prunkstück ist zweifellos eine Videokonferenztechnik für rund 3,7 Millionen Euro, die auf das Budget tüchtig geschlagen hat. Für die Ausstattung des Innovation Labs wurden insgesamt 4,6 Millionen Euro ausgegeben, obwohl eigentlich 250.000 Euro vorgesehen waren. Die Prüfer, die an Schlimmes gewohnt sind, sind entsetzt. Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht die »völlig ausufernde Kostenentwicklung« scharf. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mit Aussagen zum Bedarf und zur Angemessenheit der Kosten habe nicht einmal vorgelegen. Besonders brisant: Die erste Erhöhung um 1,5 Millionen Euro sei sogar nur durch ein Telefonat zwischen dem Projektleiter und dem Innenministerium bewilligt worden. Schriftliche Nachweise dazu fehlten völlig. Unfaßbar. Die Beschaffung von Küche und Mobiliar seien vergaberechtlich nicht zu beanstanden. Es sei auch darauf geachtet worden, »daß die Möbel und Geräte sich nahtlos in die bestehende Infrastruktur des Innovation Labs integrierten«.

Kommen wir aber zur Kaffeemaschine zurück. Es handelt sich um eine »La Cimbali S20«, die laut Hersteller über 96 Kaffeespezialitäten herstellen kann. »Die Rezepte können personalisiert werden«, wirbt die Firma. Daneben läßt sich die Kaffeemaschine per App steuern. Wer sich das Modell jedoch genau anschaut, staunt nicht wenig: Bei der Kaffeemaschine handelt es sich nicht um eine große Industrie- oder Gastronomie-Kaffeemaschine, sondern um einen – zugegeben hochwertigen – Vollautomat! Der Hersteller spricht hier von 200 Tassen, die der Automat garantiert. Man könnte meinen, pro Stunde, damit alle Teilnehmenden an Veranstaltungen (bis zu 120 Teilnehmer pro Veranstaltung) versorgt werden. Nein – pro Tag!

Dennoch sagt auch Innenminister Herbert Reul (CDU), zuständig für die Polizeibehörden, vollen Ernstes: »Mit Steuergeldern müssen wir verantwortungsvoll umgehen. In angespannter Haushaltslage ist es umso wichtiger, die vorhandenen Mittel klug und effizient einzusetzen – in der Verwaltung ebenso wie im Bereich Innovation.« ■

Kurzmeldungen

Geschmacklosigkeit ist zu wenig gesagt. In einem Balkendiagramm zur Kompetenz in Sachen sozialer Gerechtigkeit hat die Bundes-SPD die AfD als Kothaufen dargestellt. Während unter den Werten aller anderen Parteien deren Namen stehen, findet sich unter dem der AfD ein Emoji, das einen Haufen Kot zeigt. Die Regierungspartei hatte das in den sozialen Medien gepostet. Als Caren Miosga in ihrer ARD-Talkshow Lars Klingbeil am 12.10. darauf ansprach, ob die SPD so Wähler von der AfD zurückholen wolle, meinte er: »Als ich das gesehen habe, habe ich sofort angerufen und gesagt, das akzeptiere ich nicht.« Der Beitrag »müßte mittlerweile auch entfernt sein von den Seiten«. Das stimmt nicht. Ein kurzer Faktenscheck innerhalb der Sendung ergab, daß der Kothaufen-Beitrag auf dem Online-Portal ›Threads‹ noch online sei. (Quelle: jungefreiheit.de, 13.10.25)

Kopf von AfD-Chefin Weidel im Fadenkreuz. Die Jugendorganisation der Partei Die Linke hat in Hannover Aufkleber mit der Abbildung der AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel im Fadenkreuz verteilt. Begleitet wird das Bild von dem englischen Schriftzug »Aim here« (»Ziele hier«). Insbesondere nach dem kürzlich erfolgten tödlichen Schußattentat auf den US-Aktivisten Charlie Kirk sorgt der Aufkleber mit der eindeutigen Botschaft für besondere Aufregung. Die AfD reagierte auf Facebook mit einer klaren Stellungnahme dazu: »Gerade nach den tödlichen Schüssen auf den konservativen Aktivist Charlie Kirk nehmen wir solche offensichtlichen Mordaufrufe sehr ernst.« Die Linksjugend in Hannover hatte bereits nach Kirks Ermordung das Mordopfer offen auf ihrer Instagram-Seite verhöhnt. Man habe nun Strafanzeige gegen die Organisation erstattet, erklärte die AfD. (Quelle: u.a. freilich-magazin.com, 2.10.)

Köln schafft den Begriff »Spielplatz« ab. Grund für die Umbenennung ab Herbst 2025: Die alten Bezeichnungen gelten als überholt und »eingrenzend« und sollen modernen Anforderungen an Diversität und Inklusion besser gerecht werden. Statt dessen soll es künftig »Spiel- und Aktionsfläche« heißen. Dafür werden sogar 700 Schilder an Spielplätzen ausgetauscht. »Insbesondere muß dem erweiterten Inklusionsgedanken, der die Diversität der Nutzer*innen im Rahmen ihres Alters, ihrer kulturellen Hintergründe und möglicher Behinderungen berücksichtigt, Rechnung getragen werden. Die neuen Bezeichnungen sollen signalisieren, daß die Anlagen Menschen »verschiedener Alters- und Zielgruppe zur Verfügung stehen«. (Quelle: m.bild.de, 3.7.25)

Feuerwehren und Schützenvereine zum Widerstand gegen die AfD aufgefordert. Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD), der sich zuletzt Ende Juli für ein Verbot der AfD aussprach, warnte wiederholt vor einer Unterwanderung von Vereinen durch die AfD. »Vereine sind nie vollkommen unpolitisch, da sie Werte vermitteln«, sagte er. Strukturen wie Feuerwehren oder Schützenvereine müßten sich gegen »extremistische Bestrebungen, auch die der AfD in Vereinen«, wehren. »Neutralität gegenüber Feinden der Demokratie gibt es nicht.« (Quelle: apol-

lo-news.net, 6.9.25) »Vereinnahmt«, heißt übrigens ein neuer Podcast aus Thüringen, der sich der AfD-Strategie widmet, in Vereinen Raum zu greifen.

Hape Kerkeling für AfD-Verbot. Für sein Engagement »für Demokratie und gegen Rechtsextremismus« wurde der Komiker im baden-württembergischen Rottenburg mit dem Eugen-Bolz-Preis geehrt. Kerkeling setzt sich dafür ein, ein Verbotsverfahren gegen die AfD durchzuführen: »Ein giftiges Gericht gehört nicht auf die demokratische Speisekarte«, posaunte er. Die Laudatio hielt die queere Journalistin Dunja Hayali; sie meinte: »Das Erschreckende ist: Wir kennen das Playbook der Antidemokraten.« Seriös arbeitende Medien (sic) würden diskreditiert, alternative Medien etabliert, Schweigen sei keine Option mehr. (Quelle: u.a. merkur.de, 1.10.25) Pikant: Hape Kerkeling stiftet das mit 5000 Euro dotierte Preisgeld ausgerechnet der staatlich finanzierten linksextremen Amadeu Antonio Stiftung.

AfD-Mitgliedern den Zugang zum öffentlichen Dienst verweigern? Die Diskussion, ob AfD-Mitglieder keine Beamten werden dürfen bzw. ob Beamte, die Mitglied der AfD sind, entlassen werden müssen, nimmt rasant an Fahrt auf. Landesregierungen in ganz Deutschland versuchen, Druck auf AfD-Mitglieder im Staatsdienst auszuüben. Vor allem Rheinland-Pfalz hat den Willen bekräftigt, Bewerber mit AfD-Parteibuch vom Staatsdienst fernzuhalten. Innenminister Michael Ebling (SPD) kündigte am 10. Juli 2025 in Mainz an, die Einstellungspraxis für den Staatsdienst zu verschärfen. Der renommierte Staatsrechtler Josef Franz Lindner hält es indes für verfassungswidrig, AfD-Mitglieder allein wegen ihrer Parteizugehörigkeit vom Staatsdienst auszuschließen – wie in Rheinland-Pfalz geplant. Auch der Verfassungsrechtler Joachim Wieland von der Universität Speyer sagt, eine solche Praxis verstoße gegen das Grundgesetz. Danach habe »jeder das gleiche Recht zum Zugang zum öffentlichen Dienst nach Eignung, Befähigung und Leistung. Und die Frage, ob jemand geeignet ist, muß in jedem Fall einzeln entschieden werden«. Es sei unzulässig, AfD-Mitglieder pauschal von einer solchen Einzelfallprüfung auszuschließen. (Quelle: swr.de, 12.7.25)

Mehrere AfD-Mitarbeiter erhalten keine Hausausweise für den Bundestag. Aus »Sicherheitsgründen« haben mehrere Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten der AfD keine Hausausweise für das Parlament erhalten. Zudem wurde ihnen die Zugangsberechtigung für die IT-Systeme verwehrt. »Bei allen abgelehnten Antragstellern erschien es möglich, daß das Betreten der Liegenschaften des Bundestages mit einem Hausausweis zu verfassungsfeindlichen Zwecken mißbraucht werden könnte«, teilte die Bundestagsverwaltung mit. (Quelle: u.a. n-tv.de, 17.9.25)

Perfider linker Terror. Die linksradikale Organisation »Campact« ruft ihre Anhänger dazu auf, gegen Produkte von Müllermilch in den Supermarkt-Regalen vorzugehen. Sie sollen mit Aufklebern »markiert« werden, um gegen den Firmengründer Theo Müller vorzugehen und die Kunden »über seine AfD-Verbindung aufzuklären«, schreibt die NGO in einem E-Mail-Serienbrief. (Quelle: jungfreiheit.de, 23.9.25) Aufgrund einer Anfrage bezüglich der etwaigen Förderung von »Campact«, die von sich behauptet, finanziell unabhängig zu sein,

erfuhr die AfD-Bundestagsfraktion, daß »Campact« zu 50 Prozent an der Berliner »HateAid gGmbH« beteiligt sei, die 2024 Fördermittel vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Höhe von insgesamt 699.031,06 Euro erhalten habe.

»**Regt euch doch auf!**«, rief Julia Ruhs neulich im Magazin *Focus* auf. Die beherzte Journalistin (siehe Seite 7 dieser Ausgabe des *Freien Forums*) dokumentierte ihren Artikel »Eine vielsagende Miet-Anfrage von Ukrainern und unser großes Sozialstaats-Dilemma« mit einem konkreten Beispiel: »Ein Bekannter von mir vermietet eine Wohnung in München. Neu saniert, knapp 80 Quadratmeter. 2400 Euro kalt, plus Nebenkosten. Auf seine Wohnungsannonnce meldete sich auch eine ukrainische Familie. Vater, Mutter, vier Kinder.« Die Miete sowie alle Nebenkosten würden vollständig vom Jobcenter München übernommen, habe ihm die Familie geschrieben. »Ein Freund von ihm vermiete ein nagelneues Reiheneckhaus für 3300 kalt. Auch bei ihm hätten sich viele ukrainische Bewerber gemeldet. Stets mit den Worten: »Jobcenter zahlt alles.««

Sieben Migranten – 122 Kinder. In Dortmund sollen sieben Männer gegen Geldzahlungen die Vaterschaft für insgesamt 122 Kinder ausländischer Frauen übernommen haben, um diesen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland zu verschaffen. Nach Erkenntnissen der Ermittler erhalten sie dafür teils bis zu 8000 Euro pro Kind, ohne anschließend Unterhalt zu leisten. Die Jugendämter müßten in diesen Fällen einspringen. Die Möglichkeit zum Mißbrauch ist seit Jahren bekannt. Nach der Kindschaftsrechtsreform von 1997 kann eine Vaterschaft weitgehend formlos anerkannt werden. Bundesweit liege der Gesamtschaden nach Angaben des Bundesinnenministeriums bei geschätzt rund 150 Millionen Euro jährlich. Die AfD fordert daher eine DNA-Überprüfung. (Quelle: u.a. apollo-news.net; jungefreiheit.de, 6.10.25)

Islam-Portal wirbt für Anlage von Bürgergeld. Die Gelsenkirchener Plattform »HalalCheck4u« zeigt Menschen, wie sie ihr Geld »halal« anlegen können, also islamkonform, sprich Hauptsache keine Zinsen, kein Glücksspiel und keine verbotenen Branchen. Großen Fokus legt die Seite auf Bürgergeld und Zuschüsse vom Staat. Die Seite gibt auch Tips, um ohne Kürzungen des Bürgergelds durch den Vermögensfreibetrag zu sparen und vor allem: zu investieren. Muslimische Bürgergeldempfänger scheinen hierfür also ausreichend Geld zu besitzen. Der Vermögensfreibetrag liegt bekanntlich bei 40.000 Euro. Sparbücher, Girokonten oder Bausparverträge gelten als verboten, statt dessen lockt man mit einer eigenen »Halal-Community«, die angeblich Frieden und Segen bringen soll. Daran sieht man, wie weit sich Parallelstrukturen in Deutschland bereits ausgebreitet haben. Die NRW-CDU spricht von einem »Schlag ins Gesicht aller ehrlichen Steuerzahler«. (Quelle: ua.welt.de, 27.9.25; nius.de, 17.9.25)

Wegen »Abstufung deutscher Staatsangehöriger« disziplinarrechtlich belangt. Der Politikwissenschaftler Martin Wagener, der 2021 das Buch *Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen* veröffentlichte,

lichte, hatte deutsche Staatsbürger mit türkischen Wurzeln, wie die Fußballer Mesut Özil, Ilkay Gündogan oder Emre Can, als »Türken mit einem deutschen Paß« bezeichnet, die »in ehrlicher Weise« ihre Identität lebten und als Patrioten für ihre Heimat einstünden – »und dies ist die Türkei«. Der BND, für den Wagener tätig war, leitete daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Die Behörde warf ihm vor, mit seinem ethnisch-kulturellen Volksbegriff gegen die »beamtenrechtliche Wohlverhaltenspflicht« verstoßen zu haben. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig diese Einschätzung bestätigt: »Türken mit deutschem Paß« sei »eine abwertende Bezeichnung. Wagener hatte sich zwar auf seine Wissenschaftsfreiheit berufen. Nach Auffassung des Gerichts entbindet diese ihn jedoch nicht von seinen beamtenrechtlichen Verpflichtungen. (Quelle: freilichmagazin.com, 11.10.25)



Katharina Dröge. Die Grüne legte bei Lanz erschreckende Defizite an den Tag.

Eine grüne Realsatire. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Katharina Dröge, die Volkswirtschaftslehre an der Uni Köln studiert hat, sollte in der ZDF-Sendung »Markus Lanz« u.a. über Steuerlast, Sozialreformen und Wirtschaftsleistung reden. Dabei blamierte sie sich bis auf die Knochen. Auf die Frage, wie viel der Bund für Soziales ausgibt, offenbarte sie auf eklatante Weise, wie wenig Ahnung die Grünen von Steuergeld hat: Sie wich einfach aus und räumte ein: »Ich rate lieber nicht, das ist unseriös.« Man bedenke, daß der Bundestag eine Woche zuvor den Haushalt für 2026 ausgiebig diskutiert hatte! Auch bei der Nachfrage des fassungslosen Lanz nach den Rentenausgaben zeigte sie dasselbe Muster. (Quelle: jungefreiheit.de, 3.10.25) Das Internetportal kettner-edelmetalle.de quittierte diese peinliche Vorstellung mit den Worten: »Dröges Blamage ist kein Einzelfall, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen Negativauslese. Bei den Grünen zählt nicht Sachverstand, sondern die richtige Gesinnung. Wer die korrekte Haltung zu Migration, Klima und Geschlechterfragen hat, kann es weit bringen – auch ohne jegliche Ahnung von den Dingen, über die man entscheidet.« (2.10.25) Wie das Klima in fünfzig Jahren sein wird, das wissen sie aber.

Höher als der Eiffelturm. Im brandenburgischen Schipkau wächst seit Juli mitten im Wald das höchste Windrad der Welt, das mit den Rotorenblättern am Ende 365 Meter hoch sein wird – der Pariser Eiffelturm mißt 330 Meter. Herkömmliche Windräder liegen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern weit unter der geplanten Anlage mit 300 Metern. Muß das sein? Die Verantwortlichen sind begeistert. Der Stahlfachwerkturm mit einem festen Außenturm und einem verschiebbaren Innenturm werde ein Konstruktionswunder sein. Der Geschäftsführer des Dresdner Baufirma spricht von einem Technologiesprung, der es erlaube, Windenergie ganz neu zu denken. Das Höhenwindrad in Schipkau ist allerdings als Pilotanlage, als wissenschaftlicher Versuch angelegt, um die Technik zu erproben und zu verbessern. Im Rheinischen Revier zwischen Köln, Aachen und Mönchengladbach wer-



Mitten im Wald das höchste Windrad der Welt im Bau



Reem A. Radovan

de bereits das Potential für eine neue Generation von Windkraftanlagen geprüft, die in bislang unerreichte Höhen vorstößt. (Quelle: Tagesschau, 21.9.25) Ablehnende Stimmen sind auch vielerorts zu vernehmen, so zum Beispiel aus Glasgow, wo kein Geringerer als Donald Trump im Rahmen seiner Schottland-Reise im Sommer meinte, zwei Gefahren für Europa zu sehen. Zum einen müsse Europa die »schreckliche Invasion« durch illegale Einwanderer endlich stoppen. Die Migration zerstöre Europa – so wie Windräder die Schönheit der europäischen Landschaften vernichteten. (Quelle: jungefreiheit.de, 27.7.25)

Hurrah! Wir sind Weltspitze! Aus dem Munde ihrer Entwicklungsministerin, Reem Alabali Radovan (SPD), meldete die Bundesregierung mit 11,8 Milliarden Euro eine Rekordzahlung bei Klima-Hilfe für arme Länder, und das trotz erheblichen Haushaltsdefizits. »Deutschland steht auch in schwierigen Zeiten an der Seite des Globalen Südens«, meinte Radovan. Doch häufig kann nicht genau festgestellt werden, was mit dem Geld eigentlich geschieht, wie am Beispiel der Radwege für Peru dokumentiert wurde. Verpflichtet durch das Pariser Klimaabkommen, muß Deutschland jährlich 6 Milliarden Euro ins Ausland überweisen. Doch warum verdoppeln, während hierzulande die Schlaglöcher tiefer werden?, fragt der *Focus*-Kolumnist Jan Fleischhauer in seinem Podcast »Der schwarze Kanal« zu Recht. Und nicht ohne Sarkasmus merkt er an: »Wir fördern unter anderem den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Indien und Mexiko« und lacht kurz auf. »Weil der Inder das nicht selber hinkriegt. Das ist ja fast kolonialistisches Denken. Natürlich kriegt er das locker auch alleine hin – aber wenn man ihm Milliarden anbietet, sagt er nicht Nein.« Fleischhauers Lösung ist schlicht und einfach: »Streicht die Entwicklungshilfe auf Null.«

Astronomische Zahlen in Hamburg. Eine Anfrage der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft deckt die finanziellen Belastungen durch Sozialleistungen für syrische Staatsangehörige auf. Die Kosten für Sozialleistungen an syrische Migranten in der Hansestadt sind seit 2019 auf über 600 Millionen Euro gestiegen. Dabei macht das Bürgergeld den Löwenanteil der Ausgaben aus: Während 6264 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, kassieren 11.001

Syrer Bürgergeld. Weitere 2368 erhalten Asylleistungen. 382 Syrer bekommen Leistungen nach SGB XII (Grundleistungen). (Quelle: afd-fraktion; freilichmagazin.com, 17.9.25)

Ein »Beispiel gelungener Integration«. Der Syrer Mohammad K. besudelte den niedersächsischen Landtag mit antiisraelischen Schmierereien. Jetzt wird bekannt, daß er im Jahre 2022 einen Anerkennungspreis des Landes Niedersachsen erhalten hatte. Ministerpräsident Weil zeichnete ihn als »Beispiel gelungener Integration« aus. Der 25-Jährige wurde verurteilt – und sein Foto mit Weil aus einer Pressemitteilung entfernt. (Quelle: u.a. jungefreiheit.de, 17.9.25)

Deutschlands jüngste Abiturientin mit elf Jahren – aus Afghanistan? In den sozialen Medien verbreitete sich rasch die Nachricht, daß die jüngste deutsche Abiturientin aus Afghanistan sei. Prominentester Unterstützer dieser Propaganda war dabei der Islam-Aktivist und -Influencer Tarek Baé, der auf Instagram 386.000 Follower hat. Jetzt dementieren die Eltern der elfjährigen Lina Heider: Sie ist weder Afghanin, noch hat die Familie eine Fluchtgeschichte. (Quelle: apollo-news.net 24.7.27; focus.de, 11.7.25)



Ein beherzter Kulturstatsminister. Der Verleger und Journalist Wolfram Weimer, Jahrgang 1964, ist seit 2025 Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Weimer, der keiner Partei angehört, wird in der Öffentlichkeit als Vertreter des liberal-konservativen Spektrums wahrgenommen. Sein Credo lautet: »Der Konservative ist Patriot, der Konservative steht zum gefühlten Vaterland wie zu Im August 2025 verbot er den 470 Mitarbeitenden im Kanzleramt die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in dienstlichen Schreiben und Vermerken: »Statt Formulierungen mit Sternchen oder Binnen-I zu verwenden, begrüßen wir die Adressaten mit der Anrede ›sehr geehrte Damen und Herren‹«, sagte Weimer. Damit halte man sich auch an die Vorgaben des Rats für deutsche Rechtschreibung. Privat stehe es weiterhin jedem frei, »sich so auszudrücken, wie er oder sie es möchte«. Aber erzwungenes Gendern spiegele nicht wider, wie die Mehrheit in Deutschland (rund 80 Prozent der Deutschen lehnen das Gendern ab) es abspreche. Vielmehr vertiefe das Gendern eine Spaltung der Gesellschaft. Sprache solle verbinden, nicht trennen.« Der frühere Queer-Beauftragte der Bundesregierung Sven Lehman kritisierte das Verbot. Weimer bevormunde seine »Mitarbeiter*innen«. Es sei »ein Zeichen von autoritärer Unkultur«, transgeschlechtliche und nicht-binäre Menschen durch Sprache auszuschließen.

Georg Bätzing kann es nicht lassen. Die spalterische Einflußnahme des Bischofskonferenz-Chefs wurde bereits mehrfach im *Freien Forum* kritisiert. In Fulda hat Bätzing erneut vor einer Wahl der AfD gewarnt, der völkische Nationalismus« der Partei sei mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar, und riet davon ab, »diesen Spaltern noch mehr Stimmen« zu geben. Die AfD würde im Fall einer Regie-

rungsübernahme »antikirchlich agieren«. Sollte die AfD etwa in Bundesländern den Ministerpräsidenten stellen, würden sich für die Kirche große Probleme auftun. »Ich hoffe, daß die Brandmauer hält.« Es fragt sich, wer eigentlich der Spalter ist. Der sachsen-anhaltische AfD-Fraktionsvize Hans-Thomas Tillschneider hat scharf reagiert und den katholischen Bischof gar mit dem Teufel in Verbindung gebracht: »Wer die klare Trennung zwischen Wahrheit und Irrtum, Licht und Dunkelheit, Rechtleitung und Irreführung als Spaltung kritisiert, ist kein Apostel Jesu Christi, sondern ist vom Teufel geschickt«, erklärte er in einer Mitteilung. (Quelle: ntv.de, 24.9.25)

Retourkutsche von Putin? Auf dem EU-Gipfel am 1. Oktober in Kopenhagen wurde erneut die Möglichkeit erörtert, russische Vermögenswerte, die im belgischen Finanznetzwerk Euroclear eingefroren sind, zu beschlagnahmen, um damit einen weiteren Kriegskredit an Kiew in Höhe von 140 Milliarden Dollar in den Jahren 2026–2027 zu finanzieren. Wohlgermerkt: Zinsen aus russischen Einlagen wurden tatsächlich wiederholt in Form eines weiteren Kredits an Kiew überwiesen. Nun regte Friedrich Merz kürzlich an, mit Hilfe von in Europa eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank einen dieses Mal zinslosen Kredit in Höhe von rund 140 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Dieser Kredit würde erst dann zurückgezahlt, wenn Russland die Ukraine für die verursachten Schäden entschädigt hat. Mit anderen Worten: Merz will mit russischem Geld den Krieg in der Ukraine weiter finanzieren. Wladimir Putin hat nun reagiert und am 30. September per Dekret Nr. 693 auf dem offiziellen Portal für Rechtsaktedie Verstaatlichung westlichen Vermögens erlaubt, dessen Wert sich auf ein Mehrfaches der russischen Währungsreserven, die derzeit in Europa eingefroren sind. Viele westeuropäische Beobachter sind nur noch darauf gespannt, wann Putin das Geld (endlich) ausgehen werde. (Quelle: anonymousnews.org, 7.10.25; unser-mittleuropa.com, 12.10.25)

Trump verfällt in Größenwahn. Anlässlich des offiziellen Besuchs des finnischen Ministerpräsidenten haben Fotografen auf Donald Trumps Schreibtisch ein äußerst ungewöhnliches Detail entdeckt: Entwürfe für einen Triumphbogen mitten in Washington. Das Monument erinnert stark an Napoleons Pariser Original und sorgt bereits jetzt für wilde Spekulationen. Manche Beobachter vermuten schon, daß Trump den Triumphbogen am 250. Geburtstag der Vereinigten Staaten am 4. Juli 2026 enthüllen könnte. Der Architekt Leo Charbonneau hat indes ein mit der Aufschrift »Harrison Design« versehenes Bild des Triumphbogens auf X geteilt, mit der Anmerkung: »Ein Vorschlag für einen Triumphbogen in DC für Amerikas 250. Jubiläum im Kreisverkehr vor dem Nationalfriedhof Arlington. Amerika braucht einen Triumphbogen!« (Quelle: t-online.de, 11.10.25) US-Präsident Trump plant bereits ausgiebig für den 4. Juli 2026: So soll



ein Garten für »amerikanische Helden« entstehen. Kritiker werfen dem Projekt vor, dunkle Kapitel amerikanischer Geschichte wie die Massaker an den Ureinwohnern zu ignorieren.

Grüne-Jugend-Chef verbreitet Aufruf zur Verbrennung alter weißer Männer.

Auf einer Klimademonstration der Klima-Sekte »Fridays for Future« Ende September in Berlin wurde offen zu Gewalt und Mord gegen Teile der Gesellschaft aufgerufen. Eine Fanatikerin hielt ein Schild hoch, auf dem ein Mordaufruf stand: »BURN THE OLD WHITE MEN«. Die Frau mit dem Plakat lief in der ersten Reihe, schaute in die Kamera – trotzdem nahm keiner der grünen Anhänger daran



Anstoß. Der inzwischen ausgeschiedene Chef der deutschen Grünen Jugend, Jakob Blasel, hat das Video verbreitet. (Quelle: [exxpress.at](https://www.express.at), 25.9.25) Das Portal *Nius* urteilte (25.9.25): »Die Nähe zwischen Grünen und linksextremen Parolen wird einmal mehr sichtbar. Schon die Sprecherin der Grünen Jugend, Jette Nietzard, präsentierte sich mit Antifa-Parolen (»All Cops are Bastards«, »Eat the Rich«) und einem Lied eines Antifa-Rappers, der zu Gewalt gegen den Staat aufruft.

Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe: Für mögliche Impfschäden nach einer Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 haften nicht die impfenden Ärzte. Dem Kläger hatte man 2021 nach einer Corona-Impfung eine Herzerkrankung diagnostiziert. Daraufhin verklagte er seine Ärztin. Er behauptet, die Impfung sei fehlerhaft verabreicht und er nicht genügend aufgeklärt worden. Durch die Folgen könne er nicht mehr seiner Arbeit nachgehen und sei auch psychisch stark beeinträchtigt. Der Fall ging bis nach Karlsruhe. Vor Gericht forderte er unter anderem Schmerzensgeld in Höhe von mindestens 800.000 Euro. Nun hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden: Der impfende Arzt oder die impfende Ärztin sollen nicht persönlich für etwaige Impfschäden vor Gericht einstehen. Die Ärztin habe bei der Verabreichung der Impfung in einer hoheitlichen Funktion und damit haftungsrechtlich als Beamtin gehandelt; sie hafte daher nicht persönlich. (Quelle: u.a. 11.10.25)

COVID-19-mRNA-Produkte als biologische Waffen eingestuft. Als weltweit erste internationale Regierungsbehörde und Justizbehörde hat das von Kanada auf zwischenstaatlicher Basis anerkannte Internationale Tribunal der »Allianz Indigener Nationen« am 8. Oktober mRNA-Impfstoffe zu biologischen und technologischen Massenvernichtungswaffen erklärt. Wie verschiedene US-Portale berichten, handelt es sich um die erste formelle gerichtliche Erklärung einer anerkannten internationalen Behörde. (Quelle: transition-news.org, 10.10.25)

Ein Fest für freies Denken

Am 8. und 9. November 2025 findet in Halle an der Saale unter dem Namen »Seitenwechsel« eine Buchmesse neueren Typs statt. Sie soll, laut Veranstalterin Susanne Dagen, »die Vielfalt und Kreativität des Verlagswesens und den einzigartigen Beitrag kleiner, unabhängiger Buchverlage zur literarischen Landschaft« feiern« – gegen eine bleierne linke Intoleranz. Susanne Dagen (Jahrgang 1973) ist eine deutsche Buchhändlerin, Verlegerin und Kommunalpolitikerin in Dresden. Sie sitzt im Dresdner Stadtrat und vertritt Positionen der Neuen Rechten. Die neue Buchmesse soll unbequemen, sprich kritischen Verlagen eine Plattform bieten, die auf den etablierten Buchmessen in Leipzig und Frankfurt diskriminierend ausgeschlossen oder marginalisiert werden. Sie kritisiert den immer enger werdenden Meinungskorridor, der auf eine Gesinnungsdiktatur zuläuft.

Dagens Vorhaben verdient daher größten Respekt und Anerkennung. Über die »Motivlage zur Etablierung einer solchen neuen Messe« schreibt Daniel Matissek (ansage.org), »müßte man dabei gar von *intellektueller Notwehr* sprechen: Eine zunehmende Unkultur der Meinungsunterdrückung, die alles ablehnt, was nicht dem links-woken Mainstream entspricht.«

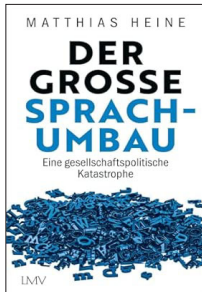
Namhafte Formate wie das rechtskonservative Magazin »Tichys Einblick« zählen zu den Veranstaltungspartnern. Auf der Messe sollen zahlreiche bekannte rechte Verlage vertreten sein, u.a. Jungeuropa, Oikos-Verlag, Gerhard Hess Verlag. Ebenso hat Margret Nickel ihren Klosterhof-Verlag angemeldet. Solche Namen und die Teilnahme zahlreicher rechter Verlage haben den linken Kulturbetrieb auf den Plan gerufen. In einer Resolution haben die linken Fraktionen des Hallenser Stadtrats hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Messe Bedenken äußert, die laut Antrag »verfassungsfeindliche, extrem rechte Literatur und Weltanschauungen« verbreiten soll. Auch die Wahl des Termins – 9. November – sei als bewußte Provokation zu werten.

Für das Bündnis »Halle gegen Rechts« sei die Messe Teil eines gezielten »Kampfs um die Köpfe«. Es gehe nicht nur um Bücher, sondern um die Verschiebung öffentlicher Diskurse. »Die extreme Rechte versucht, sich als legitimer Teil des politischen Spektrums darzustellen. Doch in Wahrheit geht es um die Normalisierung von Rassismus, Verschwörungsideologien und autoritären Weltbildern«, so eine Sprecherin. (Quelle: dubisthalle.de, 2.10.25) Dagegen sprach die AfD in einer Mitteilung von einer »künstlich aufgeheizten Debatte« und betonte ihr Eintreten für »Meinungsfreiheit für alle«. Zu den weiteren Unterstützern des Messe-Vorhabens gehören der Schriftsteller Uwe Tellkamp, die ehemalige Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld sowie der Kabarettist Uwe Steimle. ■



Die Dresdnerin Susanne Dagen. Ihrem Vorhaben gebührt größter Respekt.

Buchempfehlungen



Mathias Heine · Der große Sprachumbau

Die deutsche Sprache ist in nie gekanntem Maße zum politischen Kampfplatz geworden. Es geht längst nicht mehr um einzelne Wörter, es geht um die gesamte Struktur des Deutschen, die Aktivisten umbauen wollen, um so die Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern. Die Angreifer treten wie gewohnt im Namen des Fortschritts auf – speziell eine Linke, deren Unbehagen an der deutschen Sprache, an allem Deutschen, bis zum Haß reicht. Heine legt die Verbindungen zu einer »deutschen« Linken offen, die sich als »Internationale der Diskriminierten« neu zu erfinden sucht. (240 S., kart. € 24.-)



Norbert Bolz · Zurück zur Normalität

Wir leben in einem kulturellen Bürgerkrieg. Irrsinnig ist die zur Regel gemachte Ausnahme. Das, was früher als Neurose betrachtet wurde, soll jetzt als selbstbestimmter Lebensentwurf anerkannt werden. So ist ein kulturelles Klima absoluter Toleranz entstanden, die sich aber als absolute Intoleranz gegenüber den traditionellen Lebensformen äußert. Damit wird der Normalität der Krieg erklärt. Nichts darf mehr normal sein. Wokeness ist der aktuelle polemische Gegenbegriff zu bürgerlicher Normalität. Er harmonisiert sehr gut mit Sozialismus und Umweltbewußtsein. So ist allmählich eine Art sanfter Wahnsinn gesellschaftsfähig geworden. (256 S., geb. € 24.-)



Gerhard Wisniewski · Der hybride Krieg

Der wahre Krieg wird im Verborgenen ausgetragen, seine Merkmale sind Manipulation, Verschleierung und Niedertracht. Sein Ziel ist die Zerstörung einer Gesellschaft, einer Nation, der westlichen Zivilisation. Angegriffen werden Bevölkerung, Geburtenraten, Gesundheit, Nahrungsversorgung, Wirtschaft, Verteidigung, Entwicklung, Energieversorgung, Infrastruktur und mehr. Der Bestsellerautor nimmt den Leser mit zu den wichtigsten Schlachtfeldern des hybriden Krieges – in die Schattenwelt von Trugbildern, Intrigen und arglistigen Strategien. (319 S., geb. € 23.-)



Stefan Scheil · Der oberste Kriegsrat 1939/1940

Der »Kriegsrat« war ein Geheimgremium, das aus dem britischen Premierminister Neville Chamberlain, dem französischen Ministerpräsidenten Eduard Daladier sowie je einem Minister aus deren Kabinetten bestand. Es tagte insgesamt 16 Mal. Stefan Scheil gelang es jetzt, die streng geheimen Protokolle dieser konspirativen Sitzungen auszuwerten: Es entsteht das schockierende Bild eines absoluten französisch-britischen Vernichtungswillens gegen das Deutsche Reich, über den die Weltöffentlichkeit getäuscht und Deutschland fälschlich als einseitiger Aggressor denunziert wurde. (320 S., geb., € 23.-)

Alois Mitterer Von den Quellen unserer Kraft – Wege zu Deutschlands Wiedergeburt

Alois Mitterer, Jahrgang 1931, ist wahrscheinlich einer der letzten Vertreter eines genuin deutschen Denkens, der sich der Umerziehung und dem heute herrschenden Zeitgeist widersetzt. Rund vier Jahrzehnte ist Mitterer publizistisch gegen jede Art der Fremdbestimmung und für den Erhalt der Völker Europas eingetreten. *Von den Quellen unserer Kraft* stellt erstmalig eine Gesamtschau seines Schaffens dar, in dem Mitterers wichtigste Gedanken und Beiträge in Form von 9 Kapiteln zusammengefaßt wurden: Politik & Zeitgeschehen, Nationalismus & Globalismus, Geschichte & Erkenntnis, Volk & Staat, Gottschau & Weltsicht, Kampf um Europa, Jugend & Zukunft, Quellen der Kraft sowie Gestalten oder Figuren? Kein für Gegenwart und Zukunft relevantes Thema bleibt hier unberührt. Mitterers analytische Klarsicht, seine Gedankenschärfe und treffsicheren Prognosen stehen für sich. Es ist aber vor allem sein weltanschaulich-philosophischer Tiefgang, der nicht nur der Jetztzeit, sondern auch einer zukünftigen volksbewußten Elite ein Kompaß sein kann: Denn am Ende stehen bei ihm der Glaube und die Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft!



Von den Quellen unserer Kraft, 608 S., geb., Abb. € 32.-
Klosterhaus-Verlag

Gerald Grosz · Merkels Werk – unser Untergang

Zehn Jahre »Wir schaffen das« – schaffen wir uns ab? Es war der 31. August 2015, als Deutschlands ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Bundespressekonferenz mit diesem Satz die für Europa, aber vor allem für Deutschland und Österreich verheerende Politik der »Willkommenskultur« einleitete. Was folgte, war eine in dieser Form nie da gewesene Migrationsbewegung von Hunderttausenden Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nordafrika, die unkontrolliert, unregistriert und ungebremsst die Grenzen stürmten und »Asyl« schrien. Schonungslos deckt Gerald Grosz die katastrophalen Folgen für Deutschland und Österreich auf und läßt dabei viele bekannte und involvierte Persönlichkeiten, wie Václav Klaus, Hans-Georg Maaßen, Herbert Kickl, Harald Vilimsky und Tino Chrupalla, die Entwicklung der Flüchtlingskrise aus ihrer Sicht beurteilen. Die desaströsen Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung, Sicherheit und die Sozialsysteme Europas sind mittlerweile deutlich zu spüren. Gewalt an den Schulen, Bildung von Parallelgesellschaften, Terroranschläge und der »Einzelfall« stehen mittlerweile an der traurigen Tagesordnung.



Merkels Werk – unser Untergang, 332 S., geb., € 26.-
Stocker-Verlag

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde,

kürzlich schlug ein gewisser Marcel Fratzscher im Funk-Podcast »Absolute Mehrheit« vor, älteren Menschen das Wahlrecht zu entziehen. »Wenn Menschen in den ersten 18 Jahren nicht wählen dürfen, dann sollten sie in den letzten 18 Jahren ihres Lebens auch nicht wählen dürfen.« Ich bin ENTSETZT. Fratzscher ist nicht irgendwer: Er ist der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und tritt als gefragter Mann regelmäßig im Fernsehen auf, wo er sich als Wirtschaftsexperte inszeniert. Mit diesem drastischen Vorschlag hat er, wen wundert es, eine hitzige Diskussion ausgelöst: Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union Hubert Hüppe beispielsweise meint: »Wer älteren Bürgerinnen und Bürgern das Wahlrecht aberkennen will, stellt die Grundpfeiler unserer Demokratie infrage. Solche Forderungen sind nicht nur respektlos gegenüber einer Generation, die unser Land aufgebaut hat, sie sind auch Ausdruck eines bedenklichen Demokratieverständnisses.« Pikanterweise hatte derselbe Fratzscher erst kürzlich ein soziales Pflichtjahr für Rentnerinnen und Rentner ins Gespräch gebracht! (»Erst sollen Seniorinnen und Senioren zusätzliche Pflichten übernehmen.«)

Und wie reagierte der Gescholtene? Prominente, die einen Bock geschossen haben, bitten nicht um Verzeihung, sondern entschuldigen sich in besonderer Arroganz selbst. Fratzscher spielte sein Fauxpas einfach als Wahlrechts-Witz herunter, es sei »Humor« gewesen und brauche nicht extra gekennzeichnet zu werden. Die empörten Reaktionen vieler Bundesbürger auf seinen Vorstoß zeigen, daß sie ihn (den Witz) jedenfalls nicht lustig fanden. Das Wahlrecht ist ein Grundrecht, das jedem mündigen Bürger zusteht – unabhängig vom Alter.

Am Schluß meiner Bücherschau im Rahmen des diesjährigen GfP-Kongresses sagte ich in einer Art Selbstbekenntnis: »Mein Leben ist ein Leben der GfP!« Ich bin bereits 81 und gedenke trotz Überbelastung (Verlag, Buchdienst, GfP) überhaupt nicht aufzuhören – solange ich gebraucht werde. Ich bin für diesen Sch...-Staat wichtig und kann deshalb nicht anders, als weiterzumachen.« Nichtsdestotrotz waren die Anwesenden der einhelligen Meinung, daß sich die GfP verjüngen müsse, auch und gerade im Vorstand – spätestens am 26. August 2026. Bis dahin zähle ich auf Ihre Treue.

Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:

Beilagenhinweise:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal